

Vorsitzende 15.3.2006

An die Parteien und Fraktionen im Römer

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf einer Veranstaltung von attac mit dem Bildungsexperten Heinemann gegen die Privatisierung von Bildungseinrichtungen wurde die Privatisierung des Drake-Geländes heftig diskutiert.

Anstatt dort - wie ursprünglich vorgesehen - eine Gesamtschule zu bauen, wollen die Grünen das Gelände einer Privatschulinitiative überlassen.

Diese betreibt gegenwärtig in den Räumen der ehemaligen Herderschule eine Grundschule und verlangt zwischen 150 und 250 € pro Monat Schulgeld.

Die Grünen wollen dieser Privatschulinitiative das Drake-Gelände für 20 Jahre in Erbbaupacht überlassen, wie das Grünen-Mitglied Manuel Stock auf der Veranstaltung erklärte.

Das würde bedeuten, dass eine Schulentwicklungsplanung für das Drake-Gelände und damit für den Frankfurter Norden für mindestens 20 Jahre blockiert wäre.

Bereits jetzt kann die Carlo-Mierendorff-Schule die Nachfrage nach IGS-Plätzen im Frankfurter Norden nicht befriedigen, wie auch die 8-Zügigkeit der ERS II nicht – wie versprochen – zurückgeführt werden könnte.

Das Argument, dass man der Stadt 3 Millionen € ersparen wolle, die an den Bund bezahlt werden müssten, wenn auf dem Drake-Gelände nicht bis 2007 eine Bau- und Finanzierungsvorlage für eine Bildungseinrichtung vorliege, kann die GEW und andere von ihr befragte Experten nicht gelten lassen.

Erstens bleiben die Kommunalwahlen abzuwarten und eine sich aus dem Wählerwillen möglicherweise ergebende neue Schulentwicklungsplanung für den Frankfurter Norden. Zweitens ergeben sich aus der Landtagswahl im Frühjahr 2008 möglicherweise neue Chancen für eine solche Schulentwicklungsplanung.

Drittens sollten die noch in Frankfurt regierenden Parteien zusammen mit ihren Parteien auf Bundesebene in der Lage sein, eine Fristverlängerung für die Bauaufgabe für das Drake-Gelände zu erreichen.

Und schließlich – und nur für den Fall, dass all dies nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen würde, könnte die Carlo-Mierendorff-Schule die bisher unbefriedigte Nachfrage nach IGS-Plätzen vorübergehend durch eine Dependence auf dem Drake-Gelände befriedigen. Dafür wäre jedenfalls kein "Genehmigungserlass" aus dem Hessischen Kultusministerium nötig. Für das dafür schrittweise zu erstellende Gebäude würde sich sicherlich die nötige Mehrheit im Stadtparlament finden.

Eine Schulentwicklungschance auf dem Drake-Gelände aber für 20 Jahre - also 5 Legislaturperioden! - zu vertun, bevormundet die Frankfurter BürgerInnen und schränkt demokratische Gestaltungsmöglichkeiten weiter ein.

Wer so vorgeht, hat die Lektionen aus dem versuchten Cross-Border-Leasing-Geschäft nicht verstanden, das die Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt sogar für 99 Jahre eingeschränkt hätte, wenn es nicht durch eine breite Bürgerbewegung verhindert worden wäre.

Die GEW fordert die Frankfurter Parteien auf, die Entscheidung zum Drake-Gelände für öffentliche Schulentwicklung offen zu halten und keiner Privatisierung zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Storn